

Wahlprüfsteine des Schleswig-Holsteinischen Richterverbandes
in Kooperation mit dem Landesverband der Rechtspfleger
und dem Deutschen Anwaltsverein
für die Landtagswahl am 06.05.2012

Wir bitten die im Schleswig-Holsteinischen Landtag vertretenen Parteien um Aussagen zu ihren justizpolitischen Programmen und um Beantwortung der folgenden Fragen.

1. Beabsichtigte Schwerpunkte

Bitte benennen Sie die beabsichtigten Schwerpunkte der Justizpolitik Ihrer Partei in der kommenden Legislaturperiode. Was wollen Sie anders machen als die bisherigen Landesregierungen?

2. Justizorganisation

- a) Wie stehen Sie zu der Forderung, in Schleswig-Holstein (endlich) ein reines Justizressort einzurichten, wie es das Gebot der Gewaltenteilung nahe legt?
- b) Wollen Sie die ministerielle Justizverwaltung aufrechterhalten oder die Einführung einer Selbstverwaltung der Justiz unterstützen?
- c) Beabsichtigen Sie die Zusammenlegung von Gerichtszweigen?
- d) Möchten Sie in Schleswig-Holstein Gerichtsbezirke verändern oder Standorte schließen?
- e) Beabsichtigen Sie Veränderungen in der Organisation der Staatsanwaltschaft oder der Anwaltschaft?

3. Personalausstattung

- a) Setzen Sie sich für Veränderungen in der Personalausstattung der Justiz ein, ggf. in welchen Diensten und in welchem Ausmaß?
- b) Nach der einhelligen und statistisch belegten Meinung aller Berufsverbände dauern viele Gerichtsverfahren erheblich zu lange. Ebenso werden viele Straftaten nur unzureichend verfolgt. Wie stehen Sie dazu und wie wollen Sie ggf. Abhilfe schaffen?
- c) Es treten (auch) im Justizbereich zunehmend belastungsbedingte Erkrankungen und andere Ausfälle in der Mitarbeiterschaft auf. Haben Sie Konzepte, um dem entgegenzuwirken?

4. Besoldung

- a) Nach Ansicht der Justizberufsverbände wird in Schleswig-Holstein eine amtsangemessene Besoldung nicht mehr gewährt. Dies ist durch ein Kienbaum-Gutachten im Auftrag des Deutschen Richterbundes nachgewiesen. Zahlreiche Musterprozesse sind anhängig. Der Europarat hat in seiner Resolution 1685 (2009) Deutschland aufgefordert, die unzureichende Besoldung seiner Richter und Staatsanwälte zu erhöhen. Welchen Standpunkt vertritt Ihre Partei?
- b) Die Föderalismusreform 2006 hat zu einer galoppierenden Auseinanderentwicklung der Bundes- und Länderbesoldungen geführt. Sowohl die Berufsverbände als auch die Bundesjustizministerin fordern die Rückkehr zur bundeseinheitlichen Besoldung. Werden Sie diese Forderung unterstützen?

Kiel, im Dezember 2011

Für die beteiligten Verbände

Dr. Wilfried Kellermann